

Das estnisch-deutsche Verhältnis und die Russische Revolution von 1905

von Toomas Karjahärm

1. Hintergründe des Antagonismus: Der estnische Blickwinkel

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde das estnische Volk immer mehr vom Modernisierungsprozeß ergriffen. Die Bedeutung der Esten in dem sich erneuernden wirtschaftlichen und kulturellen Leben nahm schnell zu. Das explosive Wachstum der estnischen gebildeten Schicht sowie der Aufschwung der eigenen Kultur trugen zum intellektuellen und technologischen Fortschritt bei, zur Entstehung einer sich selbst verwaltenden zivilen Gesellschaft sowie einer breiteren Beteiligung der Esten an der Politik. Die Esten wollten nicht mehr nur ein Objekt der Modernisierung, ein Rohmaterial sein, sondern sie forderten zunehmend Mitbestimmungsrechte bei der Gestaltung der eigenen Zukunft.

Der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft unterstützte die Entwicklung des estnischen nationalen Selbstbewußtseins. Der aufkommende Nationalismus wurde hauptsächlich von einer Interessengruppe getragen und erkennbar ausgesprochen, deren Kern die ländliche und städtische Mittelschicht sowie die dem Bauerntum entstammende Intelligenz bildeten. Dieser aktive Teil der estnischen Gesellschaft hatte sozialen Aufstieg im Blick, um wichtige Positionen in Wirtschaft und Verwaltung zu erobern, sich von Abhängigkeit zu befreien und sich selbst regieren zu können. Die Esten waren gezwungen, eigene Wege zu suchen, weil die herrschende Oberschicht (russische Regierung und deutschbaltischer Adel) weder bereit noch in der Lage war, ein wirksam funktionierendes und stabiles Gesellschaftssystem auf der Grundlage von sozialem und nationalem Konsens zu schaffen. Die diskriminierenden Schranken machte es den Esten unmöglich, sich reibungslos in die vorhandenen sozialen Strukturen einzufügen, deren höhere Stufen auf der Ebene von Provinzialselbstverwaltungen und Regierung praktisch unerreichbar waren. Entfremdung, Verdrängung, Bedrückung und fehlendes Mitbestimmungsrecht motivierten die Esten zum Aufbau einer eigenen Welt auf der Basis des nationalen Prinzips, um sich ethnisch zu organisieren und zu emanzipieren. Das wesentliche Kennzeichen der estnischen nationalen Gesellschaft war, daß diese sich *neben* der deutschbaltischen und russischen Gesellschaft bildete, nicht aber als ein Bestandteil dieser entstand.

Dies setzte voraus, daß eine Trennlinie zwischen den sogenannten „Unsrigen“ und den sogenannten „Fremden“ gezogen wurde. Die nationale Selbstidentifizierung war eine auf Abtrennung und Absonderung, nicht auf Integration orientierte Politik.

Der estnisch-deutsche Konflikt blieb nicht auf nationaler Ebene beschränkt, auf der der Kampf zwischen den Esten und Deutschbalten um die örtliche Macht und den Grundbesitz ging. Es war auch eine Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen Niveaus sozialer Strukturen. Zwei Formen und Arten der Gesellschaft existierten nebeneinander: einerseits die alte, ständische, feudal-agrarische, andererseits die neue, bürgerliche, industrielle und urbane. In beiden Bereichen bildeten die Deutschbalten die Oberschicht und die Esten die Unterschicht. Daß die soziale Konfrontation dergestalt mit der nationalen übereinstimmte, verlieh dem estnisch-deutschen Antagonismus eine besondere Spannung.¹ Schematisch können folgende Gegenüberstellungen vorgenommen werden:

Esten — Deutsche
 Unterschicht — Oberschicht
 Bauern — Gutsbesitzer, Adlige
 Kleingrundbesitzer — Großgrundbesitzer
 Arbeiter — Großunternehmer, Großbürger.

Schon im Zeitalter des nationalen Erwachens, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, entstanden in der estnischen nationalen Bewegung zwei Richtungen: Die auf Herders Ideen basierende, gemäßigte nationalkulturelle Bewegung stellte Kultur, Muttersprache und Bildungsfragen in den Vordergrund und strebte einen Kompromiß mit der deutschbaltischen Oberschicht an. Die andere, von den Ideen Rousseaus beeinflusste radikale politische Richtung artikulierte ihre Bestrebungen in scharf deutschfeindlicher Form und suchte Unterstützung bei der russischen Regierung und der öffentlichen Meinung.²

Der Begründer des estnischen Nationalismus, Jakob Hurt (1839–1906), wies auf die estnisch-deutsche kulturelle Verbundenheit hin und nannte die Deutschen die „Väter unserer Kultur“. Er glaubte, die estnische Kultur könne sich aufgrund des abendländisch-deutschen Kulturtyps (ger-

¹ Tõnu Parming, *Population and Ethnicity as Intervening Variables in the 1905/1917 Revolutions in the Russian Baltic Provinces*, in: *Die baltischen Provinzen Rußlands zwischen den Revolutionen von 1905 und 1917*, hrsg. v. Andrew Ezergailis u. Gert v. Pistohlkors. Köln/Wien 1982 (Quellen und Studien zur baltischen Geschichte. 4.), S. 1-11.

² Ea Jansen, *Romantic Nationalism in Estonia*, in: *History of European Ideas* 16 (1993), H. 1-3, S. 337-341.

manisches Kulturleben) zu einer europäischen Nationalkultur gestalten, aber unter Beibehaltung einer natürlichen ethnischen Grundlage. Hurt war davon überzeugt, daß es zur Integration und Politik „zusammen mit den Deutschen“ keine Alternative gebe. Beide Völker könnten und müßten eine fruchtbare Zusammenarbeit zugunsten der gemeinsamen Heimat fortsetzen und der aus dem Osten drohenden Gefahr — der Slavisierung, worunter er eine kulturelle Russifizierung verstand — gemeinsam entgegenzutreten. Als Voraussetzung für die Zusammenarbeit von Deutschen und Esten betrachtete Hurt ihre Gleichberechtigung sowie die Anerkennung der nationalen Bestrebungen der Esten. Hurt war der Meinung, daß die Deutschen den berechtigten Forderungen der Esten gegenüber Nachsicht üben würden, woraufhin zwischen ihnen jeder Antagonismus verschwinden würde.³

Einer der ersten Befürworter der Integrationsidee der baltischen Völker war auf estnischer Seite der Zeitungsredakteur Heinrich (Harry) Jannsen (1851–1913). In den Jahren 1879 und 1880 schrieb er in der Zeitung „Eesti Postimees“ über das vereinte baltische Volk, über „ein höheres baltisches Sein“ aufgrund der Gleichberechtigung der Völker. Diese Konzeption des Baltentums, basierend auf dem humanistischen Kosmopolitismus, rief heftige Kritik in der nationalradikalen Zeitung „Sakala“ (1878–1882) hervor. Der Führer dieses Flügels, Carl Robert Jakobson (1841–1882), fürchtete, nationale Versöhnung und Integration würden dazu beitragen, daß sich das aufkommende Estentum im Deutschtum kulturell auflösen und die Hegemonie der deutschen Oberschicht verewigt würde. Jakobson forderte für Esten die gleichen politischen Rechte wie für Deutsche, in erster Linie das Recht der Teilnahme an der Arbeit des Landtags auf paritätischer Grundlage.

Der Verlauf der Geschichte entsprach nicht den Hoffnungen Hurts. Sogar die harten Russifizierungsreformen, die sowohl Esten als auch Deutsche schmerzlich trafen, brachten sie einander doch nicht näher. Nicht einmal die Tatsache, daß eine direkte Gefahr für die Existenz der Esten als Nation durch Eindeutschung schon um die Jahrhundertwende der Vergangenheit angehörte, verminderte die Spannungen.

Im Zuge des möglich gewordenen gesellschaftlichen Aufstiegs seit der Jahrhundertwende politisierte und radikalisierte sich die estnische nationale Bewegung, was auch die estnisch-deutschen Gegensätze verschärfte und neue Konflikte bewirkte. Der Einfluß von sozialistischen Strömun-

³ Jakob Hurt, *Eesti päevaküsimused* (Estnische Tagesfragen), in: Jakob Hurda *kõned ja avalikud kirjad* (Reden und öffentliche Briefe von Jakob Hurt), hrsg. v. Hans Kruus. Tartu 1939, S. 170.

gen und Parteien nahm zu. Im politischen Spektrum von 1905 waren die Nationalisten und Sozialdemokraten, welche wiederum mehrere kleinere Strömungen und Gruppierungen ausbildeten, tonangebend. Alle wesentlichen politischen Richtungen waren vertreten: Konservative, Liberale, Sozialisten.

Mit dem Manifest vom 17. Oktober 1905 begannen die sogenannten „Tage der Freiheit“, und in Estland wurden erste legale Parteien registriert. Im estnischen liberalen Nationalismus ist ein gemäßigter und ein radikaler Flügel zu unterscheiden. Die Gemäßigten gründeten im November 1905 die „Estnische Nationale Fortschrittspartei“, deren Presseorgan die Zeitung „Postimees“ (gegründet 1857) wurde. Die Radikalen mit der Zeitung „Teataja“ (1901–1905) als Sprachrohr blieben organisatorisch gespalten. Die estnischen Sozialisten teilten sich in Zentristen, die der „Russischen Sozialdemokratischen Partei“ angehörten, und in nationale Sozialdemokraten, die die „Estnische Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (Föderalisten) gründeten und deren Presseorgan die Zeitung „Uudised“ (1903–1905) war. Den Kern der deutschbaltischen politischen Organisation bildeten nach wie vor die Ritterschaften als ständische Korporationen des aristokratischen Landadels. Als Vereinigung des baltischen Adels und des Stadtbürgertums entstand 1905 die konservative „Baltische Konstitutionelle Partei“, der auch estnische Renegaten und Kollaborateure beitraten.⁴

Die Revolution belebte plötzlich das gesamte gesellschaftliche Leben. Vom estnischen Standpunkt aus betrachtet war es eine politische, eine nationale und eine Agrarrevolution. Alle estnischen Parteien und Bewegungen standen in Opposition zum herrschenden Regime und zu den Oberschichten; sie alle verlangten nationale Selbstbestimmung, politische Autonomie und Selbstverwaltung sowie Einschränkungen für den Großgrundbesitz der Gutsherren. Unterschiede gab es bei Umfang und Form der Forderungen sowie bei der Wahl der für nötig erachteten Kampfmittel. Das liberale Modell der gemäßigten Nationalisten zog in Betracht, daß mittels Reformen, ohne Gewalt, sich die Autokratie in eine konstitutionelle parlamentarische Staatsordnung transformieren werde, wobei man die Monarchie bevorzugte. Radikale und Sozialdemokraten setzten sich eine demokratische Republik zum Ziel. Die ferneren Ziele der Revolutionäre waren eng mit dem Sozialismus verbunden, weshalb die Autokratie mittels bewaffneten Kampfes (Aufstandes) zu stürzen war. Der Führer

⁴ Toomas Karjahärm, *The Political Organization of Estonian Society and the Political Parties in Estonia in the Years 1900–1914*, in: *The Baltic Countries 1900–1914*, hrsg. v. Aleksander Loit. Stockholm 1990 (Acta Universitatis Stockholmiensis. Studia Baltica Stockholmiensia. 5:1.), S. 131 ff.

der Sozialdemokraten-Föderalisten, Peeter Speek (1873–1968), forderte im Frühjahr 1905 erstmalig, Estland solle der Status eines Gliedstaates verliehen werden.⁵ Die Gründung von Selbstverwaltungsorganen aufgrund eines allgemeinen Wahlrechts hätte den Übergang der örtlichen Verwaltungsmacht in die Hände der Esten bedeutet.

Die Rekonstruktion von Geschichte — schon immer ein Kennzeichen ethnischer Bewegungen — spielte auch bei der Herausbildung der nationalen Identität der Esten eine wichtige Rolle und gab dem nationalen Mythos seine Märtyrer und Symbole sowie eine Begründung aus der Vergangenheit und eine historische Perspektive in die Zukunft. Allgemeiner Konsens schon seit Hurt bestand in der These, die Deutschbalten seien Kolonisten, ein kleiner Teil des großen deutschen Volkes, deren Herrschaft in der Region auf Gewalt basiere und keineswegs legitim sei. Als Stammvolk hätten die Esten das historische Vorrecht auf das Land der Vorfahren, und die Befreiung der estnischen Bauern von der Leibeigenschaft, ohne ihnen Land gegeben zu haben, bedeutete eigentlich, daß sie einfach ausgeraubt würden. In der Geschichtskonzeption der Nationalisten wurde die vorzeitliche Freiheit idealisiert und dem „700jährigen Sklavenjoch“ gegenübergestellt (eine Ausnahme habe die „gute schwedische Zeit“ gebildet); die Eroberungen durch fremde Herrscher im 13. Jahrhundert wurden durch und durch negativ eingeschätzt.

Einer der Gründer der estnischen nationalen Geschichtswissenschaft, Villem Reiman (1861–1917), versuchte die estnische Geschichte mit Hilfe der politischen Geographie zu erklären. Er hob besonders hervor, daß schon vor der deutschen Eroberung die Esten ein zur westlichen Zivilisation gehörendes europäisches Volk gewesen seien, kein wilder Volksstamm, wie von deutschbaltischen Historiographen behauptet würde. Ihr Kulturniveau sei vielmehr recht hoch gewesen. Die deutsche Invasion hätte die natürliche Entwicklung unterbrochen und die Esten „in die Dunkelheit geschleudert“. Ohne diese Aggression stünden die Esten auf demselben kulturellen Niveau wie die nordischen Völker. Von der geographischen Lage ausgehend konnten die Esten ihre Selbständigkeit nicht beibehalten. Nach Meinung Reimans bestünde die Frage nur darin, wer Estland regieren werde, ob Slaven aus dem Osten oder Germanen aus dem Westen.⁶

⁵ Uudised Nr. 41 vom 25. Mai 1905; ebenda, Nr. 42 vom 31. Mai 1905.

⁶ Villem Reiman, Kolm sammukest rändamise teed (Drei Schritte auf dem Wanderweg), in: Sirvilauad. Eesti rahva tähtsamat 1907 (Der Runenstabkalender. Der Kalender des estnischen Volkes 1907). Tartu 1906, S. 44 ff.

Der Führer der estnischen gemäßigten Nationalisten, Jaan Tõnisson (1868–?), attackierte die deutsche Oberschicht, betonte die Unmoral und Widernatürlichkeit ihrer Herrschaft und rief den Adel zur freiwilligen Aufgabe seiner Privilegien auf. Konstantin Päts (1874–1956), der an der Spitze der Nationalradikalen stand, schrieb, die Esten seien ein selbständiges Volk und derart entwickelt, daß eine Vermittlung von Kultur durch Deutsche nicht mehr nötig wäre.⁷ Bei der positiven Einschätzung deutscher Kultureinflüsse waren die estnischen Politiker der neuen Generation hingegen recht zurückhaltend. Sie widmeten den Orientierungen nach außen nur wenig Interesse und setzten ihre Hoffnungen vielmehr auf die eigenen Kräfte der Esten.

Trotz verbaler Auseinandersetzungen handelten die estnischen Nationalisten der deutschbaltischen Oberschicht gegenüber im Sinne politischer Toleranz. So schrieb Anton Jürgenstein (1861–1933): „Das Ziel und die Endabsicht dieses Kampfes ist weder in der Zeit Jakobsons noch in der Zeit Tõnissons die endgültige *Vernichtung der Deutschen* gewesen, wie die deutschen Zeitungen es immer behaupten wollen. Das endgültige Ziel ist die nationale, wirtschaftliche und politische *Gleichberechtigung* und auf *dieser* Grundlage eine *freundliche* Koexistenz in der gemeinsamen Heimat. Ein solcher Standpunkt seitens der Esten, die ja ihrer Zahl nach die Deutschen um mehr als das Zehnfache übertreffen, ist mehr als zukommend. Ungeachtet dieses zahlenmäßigen Übergewichts haben die estnischen Nationalisten nie *Vernichtungsgedanken* der deutschen Minderheit gegenüber gehegt. Falls es den Deutschen so schien, dann nur deshalb, weil sie instinktiv erkannten, daß ihre in Estland recht spärlich vertretene Schicht sich bei Durchsetzung der Gleichberechtigung *kaum* über Wasser halten kann. Einem so kleinen Teil, wie es die Deutschen im Baltikum sind, droht ohne die Unterstützung des Bauertums als Basis der Untergrund, wenn sie nicht durch Privilegien geschützt werden.“⁸

Bezüglich der Regelung nationaler Verhältnisse im Baltikum galten für die estnischen Nationalisten die Schweden in Finnland als Vorbild, die ja dort auch eine Oberschicht bildeten, sich aber als organische Einheit mit der Mehrheitsnation — den Finnen — identifizierten. In Estland blieben jedoch die Kultursphären von Deutschbalten und Esten verhältnismäßig unabhängig und konnten sich nicht einander annähern.

Die Unifizierungs- und Russifizierungspolitik, die gegen Ende des Jahrhunderts recht brutal durchgeführt wurde, ohne die Rechte der Esten zu erweitern, bewirkte bei den Esten eine tiefe Enttäuschung gegenüber der

⁷ Teataja Nr. 55 vom 12. März 1905.

⁸ Anton Jürgenstein, „Postimehe“ ajalugu (Die Geschichte der Zeitung „Postimees“), in: Postimees 1857–1907. Tartu 1909, S. 75.

Politik der russischen Regierung. Allmählich begriffen die estnischen Politiker, daß die Russifizierung nicht nur gegen die deutsche Hegemonie gerichtet war, sondern auch gegen die estnische nationale Bewegung. Daraufhin verzichtete man auf eine Idealisierung der russischen Gesetzgebung und favorisierte die Beibehaltung der Eigenart der vorhandenen baltischen Selbstverwaltung. In nationalistischen Kreisen wurden mögliche gemeinsame Handlungen aller ansässigen Nationen — Esten, Letten und Deutsche — gegen die Maßnahmen der russischen Bürokratie erörtert. Tõnisson hoffte zunächst, aus den Beziehungen der deutschen Kreise zu den Ministerien und zum kaiserlichen Hof in St. Petersburg auch für die Esten Nutzen ziehen zu können.⁹ Doch diese Hoffnungen erwiesen sich als zwecklos.

Im Jahre 1905 proklamierte der geistige Vater der estnischen intellektuellen Gruppierung „Noor-Eesti“ („Jung-Estland“), Gustav Suits (1883–1956): „Mehr europäische Kultur! Laßt uns Esten bleiben, aber laßt uns Europäer werden!“ Europäisierung bedeutete in der Interpretation der Jung-Esten, eine europäische Kultur durch die Esten selbst zu schaffen — ohne deutsche und russische Vermittlung und Protektion. Für sie war Estland ein nicht nur politisch und sozial, sondern auch „literarisch und künstlerisch unterdrücktes Land“. Insbesondere verurteilten sie die passive, eklektische und unkritische Übernahme der deutschen und russischen Kultur. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, schätzten die Jung-Esten in keiner Weise die deutschbaltische Kultur und ignorierten die Rolle der Deutschbalten als Vermittler von westeuropäischer Kultur und Wissenschaft vollständig.

Für die Befreiung aus der „deutsch-russischen geistigen Knechtschaft“ strebten die Jung-Esten nach einer völligen kulturellen Öffnung und Freiheit bei der Wahl der kulturellen Orientierungen. Sie suchten nach neuen Kulturkontakten mit Westeuropa, mit der romanischen, angelsächsischen, skandinavischen und finnischen Kultur.¹⁰ Die „Europa-Idee“ war eine Alternative zum engen Nationalismus, aber sie stellte auch eine Herausforderung für die großen Nachbarn dar, aus deren Griff die Jung-Esten geistig auszubrechen versuchten. Gleichzeitig sollte aber betont werden, daß damit bei den Jung-Esten keiner nationalen Germanophobie der Boden bereitet wurde, denn unter ihren geistigen Idolen befanden sich zahlreiche deutsche Philosophen, Schriftsteller, Gesellschafts- und Kulturtheoretiker.

⁹ Johan Köpp, *Mälestuste radadel. 2. Tartu 1896–1906* (Auf Erinnerungswegen. 2. In *Tartu 1896–1906*). Tallinn 1991, S. 148.

¹⁰ Ea Jansen, *Estonian Culture — European Culture in the Beginning of the 20th Century*, in: *The Baltic Countries* (wie Anm. 4), S. 311–326.

ker wie Marx, Kautsky, Nietzsche und Hauptmann, deren Werke Eingang in die jung-estnischen literarischen Ausgaben fanden. Im geistigen Leben waren die Jung-Esten radikale Verfechter der Modernisierung, der Industrialisierung und der Urbanisierung. Gegenüber der traditionellen Gesellschaft bildeten sie mit ihren sozialistischen Sympathien eine Opposition.

2. Der russische Faktor

Die estnisch-deutschen Beziehungen wurden entscheidend von der baltischen Politik der russischen Regierung beeinflusst, die oft recht widerspruchsvoll war und sich schwer prognostizieren ließ. Mit den Reformen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte die russische Präsenz in den baltischen Provinzen beträchtlich zugenommen, insbesondere auf den Gebieten der örtlichen Verwaltung und der Bildung. Damit geriet das estnische Volk immer mehr unter den Einfluß der russischen Bürokratie. Die Regierung in St. Petersburg war getrieben von den imperialistischen und messianistischen Ideen eines Nationalstaates, die man mittels administrativer und kultureller Russifizierung zu verwirklichen suchte. Die administrative Russifizierung, die die mittelalterliche Verwaltungsordnung sowie archaische Institutionen reformierte, paralyisierte und neutralisierte die deutsche Vormachtstellung, war in manchen Aspekten ein Faktor der Modernisierung und förderte dergestalt die Konsolidierung der Esten.¹¹ Mit der Russifizierung der Schulen, darunter auch der Universität Tartu (Dorpat), nahm die Einwirkung der russischen Kultur sprunghaft zu. Russische Ideen und russisches Vorbild beeinflussten die Entstehung der politischen, insbesondere der sozialistischen Parteien in Estland.

Baltischer Adel und russische Regierung waren jedoch auch Verbündete und Partner im konservativen Lager. Sie waren durch alten Grundbesitz und durch die überlebte politische Ordnung aneinander gebunden. Die Union von Absolutismus und baltischem Adel basierte auf der persönlichen Treue des Adels gegenüber dem kaiserlichen Thron. Gleichzeitig waren sie aber Konkurrenten, denn die Frage, wer die baltischen Provinzen de facto regierte, stand nach wie vor auf der Tagesordnung und nahm mit dem Machtzuwachs des Deutschen Reiches eine gewisse internationale Dimension an. Somit bedeutete die estnische nationale Politik in vielem

¹¹ Toivo U. Raun, *The Estonians*, in: *Russification in the Baltic Provinces and Finland 1855–1914*, hrsg. v. Edward C. Thaden. Princeton, N.J. 1981, S. 287 ff.

ein Lavieren zwischen diesen zwei Kräften, zwischen Scylla und Charybdis.

Mit zunehmender Zentralisierung und Unifizierung versuchte die russische Bürokratie den Sonderstatus des baltischen Adels zu schwächen. Durch Verminderung des deutschen Einflusses sollte die Macht der Regierung gestärkt werden, nicht aber die Rechte der Esten und Letten. In den Bereichen, in denen kein politischer Nutzen zu erwarten war, betrieb die Regierung nur zögerliche Reformen. Im übrigen war ihre Politik den baltischen Provinzen gegenüber in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts recht passiv. Hinsichtlich der örtlichen Initiativen war man in St. Petersburg sehr mißtrauisch und vorsichtig. In den Reformprogrammen des Adels und der baltischen Nationalisten erblickte man separatistische Tendenzen, Intrigen und Annäherungsversuche der örtlichen nichtrussischen (estnisch-deutschen) Elemente, Verschwörungen gegen die Zentralmacht. In der Staatsduma standen gesamtstaatliche Fragen auf der Tagesordnung, und die baltischen Angelegenheiten kamen in diesem Bürokratieapparat nicht von der Stelle.¹²

Die estnischen politischen Kräfte suchten in Rußland nach Verbündeten. Estnische Nationalisten bildeten in der Duma einen Block mit russischen Kadetten, estnische Sozialisten mit russischen Sozialisten, deutschbaltische Oberschicht mit russischen Oktobristen (sie spielten in dieser Partei sogar eine wichtige Rolle). In die erste und zweite Staatsduma gelangten aus Estland (Gouvernement Estland und estnischer Teil des Gouvernements Livland) nur Abgeordnete des estnisch-russischen Blocks, kein einziger Deutschbalte. Die Parlamentstribüne benutzten Tõnisson und andere estnische Dumaabgeordnete dazu, Kritik an den baltischen Verhältnissen zu üben und für Estland Autonomie und eine Agrarreform zu verlangen. Dies zog die Aufmerksamkeit der russischen Öffentlichkeit auf die baltische Frage.¹³

In der baltischen Politik der russischen Regierung kann man gewisse Lavierungstendenzen beobachten sowie die Bestrebung, im estnisch-deutschen Konflikt die Rolle einer dritten, höheren Macht spielen zu wollen. So mancher örtliche Gouverneur und Beamte der Zentralmacht schätzte die Lage objektiv richtig ein und hielt Reformen zur Vorbeugung von Unruhen für notwendig. Ministerpräsident Graf Sergej Vitte (1849–1915) no-

¹² Toomas Kar'jähärm [Karjahärm], *Estonskaja buržuazija, samoderžavije i dvorjanstvo v 1905–1917 gg.* (Das estnische Bürgertum, die Autokratie und der Adel in den Jahren 1905–1917). Tallin 1987, S. 300–303.

¹³ Toomas Karjahärm, Raimo Pullat, *Eesti revolutsioonitules 1905–1907* (Estland im Feuer der Revolution 1905–1907). Tallinn 1975, S. 169 ff.

tierte später in seinen Erinnerungen, man habe im Laufe der Russifizierung anstelle der deutschen Kultur nichts wirksam Russisches schaffen können. Das habe dazu beigetragen, daß die Esten und Letten unter den Einfluß der revolutionären Parteien geraten seien.¹⁴

Am 28. November 1905 erließ Nikolaj II. eine Verordnung über die Einführung der Institution eines provisorischen Generalgouverneurs der baltischen Länder und zur Einberufung einer beim Gouverneur tätigen Sonderkommission, um Reformvorschläge auszuarbeiten. Letztere setzte sich aus acht Gutsbesitzern, acht Bauern und sechs Stadtvertretern zusammen. Der Block der Großgrundbesitzer und des deutschen Stadtbürgertums war in der Mehrzahl. In fast allen Fragen offenbarten sich entgegengesetzte Standpunkte. Reformentwürfe, die schließlich 1907 dem Innenminister vorgelegt wurden, spiegelten hauptsächlich den Standpunkt der deutsch-baltischen Oberschicht wider, die der Überzeugung war, daß grundlegende Reformen überhaupt nicht nötig seien.¹⁵

Geopolitische Faktoren spielten in der baltischen Geschichte immer eine wichtige Rolle. Die praktische Bedeutung der Geopolitik stieg im Zusammenhang mit der Verschärfung der internationalen Lage in Europa zu Beginn des 20. Jahrhunderts sprunghaft an. Damit wurde der politische Spielraum der estnischen Politiker erweitert, und neue Kombinationen im estnisch-deutsch-russischen Dreieck wurden möglich.

1905 erörterte Tõnisson im „Postimees“ erstmalig öffentlich die Idee von der wichtigen Rolle der baltischen Völker bei der Gewährleistung der Sicherheit für den russischen Staat im Falle eines möglichen Angriffs von deutscher Seite oder im Falle einer deutschen Kolonisation. Er schrieb: „Das estnische und das lettische Volk bilden einen lebenden Wall zur Verteidigung der russischen Staatlichkeit im Grenzgebiet der Ostsee. Im Dienste des russischen Staates haben wir eine wichtige Aufgabe der Grenzwaiche zu erfüllen.“ Als Gegenleistung hätte das estnische Volk das Recht, darauf zu hoffen, daß seine „lebenswichtigen Interessen“ nicht ohne Berücksichtigung blieben.¹⁶

Wenige Jahre später, im Spätherbst 1909, prognostizierte Tõnisson eine baldige slavisch-germanische Kollision. Er beteuerte, daß in erster Linie die Grenzgebiete und insbesondere das Baltikum dank seiner besonderen

¹⁴ Sergei J. Witte, *Mälestused* (Erinnerungen). Bd. 2, Tartu 1938, S. 242.

¹⁵ *Trudy Osobogo Soveščanija pri Vr. Pribaltijskom General-Gubernatore, učreždenogo Vysočajšim Ukazom 28-go nojabrja 1905 g.* (Arbeiten der Sonderkommission beim provisorischen Baltischen Generalgouverneur, eingeführt mit der Allerhöchsten Verordnung vom 28. November 1905). Revel' o.J., S. 1-67.

¹⁶ *Postimees* Nr. 112 vom 23. Mai 1905.

Bedeutung für beide auf Kriegsfuß stehenden großen Völker zum Kampfplatz der Kulturen würden. Die Russen wären nicht imstande, die Germanen, stark und mit hoher Kultur, mit eigenen Kräften zurückzuschlagen. Damit könnten aber finnische, baltische, polnische und andere Grenzvölker fertig werden, die widerstandsfähiger als das großrussische Volk seien. Somit wäre Wohlstand und kulturelle Stärke der Esten und Letten für Rußland eine Frage von nationaler Bedeutung. Tönnisson fürchtete, daß im Falle eines deutschen Sieges die baltischen Völker dasselbe Schicksal der Denationalisierung erleiden könnten wie z.B. die Dänen in Schleswig, die Franzosen im Elsaß und die Polen in Schlesien. Eine Russifizierung hielt er, anders als eine Germanisierung, für das estnische Volk für weniger gefährlich, denn es mangelte seiner Meinung nach dem slavischen Charakter an Beharrlichkeit bei der Unterdrückung Andersnationaler. Deshalb seien die Esten ungeachtet ihrer parteilichen und weltanschaulichen Unterschiede die „allertreueste(n) Bürger Rußlands und Patrioten Rußlands“.¹⁷

3. Autonomie und Selbstverwaltung

Eines der Hauptfelder estnisch-deutscher Konfrontation war der Kampf um die Dominanz in der Selbstverwaltung von Stadt und Land. Das russische Stadtrecht von 1892 bestimmte für das Wahlrecht einen Vermögenszensus. Da Anzahl und Anteil der wahlberechtigten Immobilienbesitzer bei den Esten in den einzelnen Wahlkreisen zunahm, eröffneten sich für diese reale Möglichkeiten, an die Spitze der Stadtverwaltung zu gelangen. Die jäh steigenden Spannungen im Machtkampf zwischen Esten und Deutschen zu Anfang des Jahrhunderts demonstriert auch der rasante Anstieg der Wahlbeteiligung. In Tallinn (Reval) wuchs sie von 33,2% im Jahre 1896 auf 61,9% im Jahre 1904, in Tartu von 46,1% 1898 auf 77,7% 1906, in Pärnu (Pernau) von 28,9% 1897 auf 71,0% 1905.¹⁸ Im Wahlkampf nannten sich die Esten „die neue Partei“, „die fortschrittliche estnische Partei“, „die estnische Partei“ und grenzten sich dergestalt von den „alten“ und „altgesinnten deutschen Parteien“ ab.

¹⁷ Postimees Nr. 270 vom 24. November 1909.

¹⁸ Toomas Karjahärm, Eesti linnakodanluse poliitilisest formeerumisest 1870-ndate aastate lõpust kuni 1914. aastani linna- ja duumavalimiste materjalide põhjal (Zur politischen Formierung der estnischen Stadtbourgeoisie vom Ende der 1870er Jahre bis 1914 aufgrund der Stadtrats- und Dumawahlen), in: Eesti NSV Teaduste Akadeemia Toimetised. Ühiskonnateadused 22/3 (1973), S. 254.

Den ersten politischen Sieg über das Deutschbaltentum feierten die Esten bei der Stadtratswahl in Valga (Walk) im Jahr 1901. Esten und Letten erhielten in der Stadtverordnetenversammlung die absolute Mehrheit, die Deutschen wurden völlig beiseite gedrängt (12 Sitze für die Esten, 12 Sitze für die Letten, 5 Sitze für die Russen). Großes Aufsehen erregte der Sieg des estnisch-russischen Blocks bei den Stadtratswahlen in Tallinn 1904. Die Esten erhielten 38, die Deutschen 17 und die Russen 5 Mandate. In Võru (Werro) ging die Stadtverwaltung 1906 in die Hand der Esten über, in Haapsalu (Hapsal) 1909; in Kuressaare (Arensburg) blieb die Stadtverwaltung bis 1917 jedoch in der Hand der deutschen Oberschicht, obwohl es auch dort mehr wahlberechtigte Esten als Deutsche gab.¹⁹

Obwohl die Zuständigkeiten der städtischen Selbstverwaltungen beschränkt und offiziell apolitisch waren — zu ihrer Kompetenz gehörten in erster Linie Fragen der Kommunalwirtschaft — und die Tätigkeit der Stadtverwaltungen unter strenger Kontrolle der Bürokratie stand, lieferten diese ersten politischen Siege einen Beweis für die gewachsene Kraft und das gestiegene Selbstvertrauen der Esten. Trotz aller Voraussagen von seiten der deutschen Presse bewährten sich die Esten bei den ungewohnten Aufgaben. Estnische und deutsche Fraktionen als nationalpolitische Zentren konkurrierten in den Stadtverwaltungen miteinander und arbeiteten auch zusammen.

In der zweitgrößten Stadt Estlands, in Tartu, schlossen die gemäßigten Nationalisten mit Tõnisson an der Spitze 1902 eine Vereinbarung mit dem deutschen Wahlausschuß, wonach die Esten in der Stadtverwaltung ein Drittel der Sitze (20) erhalten sollten, wobei sie eine gemeinsame Wahlliste bildeten. Einen derartigen Kompromiß erklärte Tõnisson damit, daß die Esten noch nicht bereit seien, die volle Verantwortung für die städtische Regierung zu übernehmen.²⁰ Die deutsche Mehrheit in der Stadtverwaltung jedoch ignorierte den Willen der Esten: In den Stadtrat kam kein einziger Este. Die Beziehungen der Fraktionen verschärften sich derart, daß die Anführer der estnischen Opposition nach der Wahl des Jahres 1906 aus der Stadtverwaltung ausgeschlossen wurden.

Seit 1905 forderten die estnischen Politiker eine radikale Reform der Kommunalverwaltungen aufgrund eines allgemeinen Wahlrechts. Die Verwaltung des autonomen Estland sollte an örtliche Selbstverwaltungen (Parlamente) übergehen, zu deren Kompetenz die Erlassung von Gesetzen und Verordnungen in kommunalen Fragen gehören würde. Päts war der Auffassung, daß in der gesetzgebenden Versammlung alle Völker propor-

¹⁹ Ebenda, S. 255 ff.

²⁰ Postimees Nr. 31 vom 6. Februar 1902.

tional zu ihrer Größe vertreten sein sollten. Er und andere Nationalradikale empfahlen, daß die Regelung der Agrarpolitik und der Agrarverhältnisse in die Kompetenz der Kommunalverwaltungen übergehen müßte. Päts hielt auch die Gründung einer regionalen baltischen Selbstverwaltung für möglich, womit die drei baltischen Provinzen sowohl einzeln als auch gemeinsam als autonome oder Selbstverwaltungseinheiten fungieren würden. Er machte den Vorschlag, einen Baltischen Landtag oder Sejm zu gründen, dessen Selbständigkeit durch die Verfassung des russischen Staates bestimmt werden sollte. Dieser sollte nicht nach den Strukturen der innerrussischen Gouvernements gebildet werden, sondern unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten.²¹ Auch die estnischen Sozialisten diskutierten über eine Selbstverwaltung, aber sie hatten dabei eine revolutionäre provisorische Selbstverwaltung im Sinn. Das diesbezügliche Maximalprogramm wurde nie verwirklicht. Deshalb erwog man in führenden politischen Kreisen Estlands auch andere, weniger radikale Übergangsvarianten.

Im Jahre 1905 riefen die estnischen Nationalisten die Gutsbesitzer mehrmals zu einer Zusammenarbeit auf und schlugen vor, gemeinsam einen Entwurf der Selbstverwaltungsreform auszuarbeiten. Sogar die Ritterschaften verstanden, daß es in den unruhigen Zeiten notwendig war, sich mit Reformen zu befassen. Im Sommer 1905 legten vier Ritterschaften dem Innenminister einen Entwurf zur Reform der Selbstverwaltung vor, laut welchem neue Institutionen der Selbstverwaltung geschaffen werden sollten — der Bezirkstag und der Provinzialtag, unter Beteiligung von Handels- und Industriebürgertum, von Kleinbesitzern und Pächtern. Der Estländische Ritterschaftshauptmann Eduard von Dellingshausen (1863–1939) schrieb dazu in seinen Erinnerungen: „Die Ritterschaften hatten diese Selbstbeschränkung in den ihnen zustehenden Rechten beschlossen, ohne Druck von seiten der Regierung, weil sie anerkannten, daß diese Maßnahme eine logische Folgerung der beendeten Agrarentwicklung bildete.“²²

Obwohl ein grundsätzliches Zugeständnis, war die „Selbstbeschränkung“ des Adels recht unbedeutend. Aus der Kompetenz des bisherigen Landtags sollten nur die Fragen der Kommunalwirtschaft in den Zuständigkeitsbereich der neuen Landschaftselbstverwaltung übergehen, wobei die politischen Rechte der Ritterschaften, darunter das Recht der gesetz-

²¹ Teataja Nr. 60 vom 18. März 1905; ebenda, Nr. 134 vom 1. November 1905.

²² Eduard v. Dellingshausen, *Im Dienste der Heimat! Erinnerungen des Freiherrn Eduard von Dellingshausen ehem. Ritterschaftshauptmann von Estland*. Stuttgart 1930, S. 109.

geberischen Initiative und das Recht, sich direkt an den Zaren wenden zu können, unberührt bleiben sollten. Der Vermögenszensus im Wahlrecht, bestehend aus drei Kurien, sicherte dem Block der deutschbaltischen Gutsbesitzer (1. Kurie) und dem Handels- und Industriebürgertum (2. Kurie) eine Mehrheit vor den Kleinbesitzern und den Pächtern (3. Kurie), obwohl die Groß- und Kleinbesitzer gleichwertig vertreten waren. Auf dem Landtag der Estländischen Ritterschaft vom Juni 1905 sprach man offen darüber, daß diese zweite Kurie im Falle der Parität von Groß- und Kleinbesitzern für die Sicherung der deutschbaltischen Majorität nötig sei und daß der Adel nur dasjenige Wahlsystem akzeptiere, das die Kleinbesitzer garantiert in der Minderheit lasse. Estnische Kreise, die zunächst die Initiative der Gutsbesitzer mit großen Hoffnungen gebilligt hatten, wiesen nach der Veröffentlichung des Entwurfs diesen zurück und verlangten, Vertreter der Esten sollten zur Ausarbeitung der Reformvorlagen herangezogen werden.²³

Im Herbst 1905 setzten die Ritterschaften ihre Manipulationen in der Frage der Landschaftsselbstverwaltung fort. Am 24. November beschloß der Adelskonvent Livlands, sich mit einem neuen Vorschlag „Maßgaben zur Rettung des Landes vor einem völligen Verfall und zur Umgestaltung der Gesellschaft“ an den Innenminister zu wenden. Hinsichtlich der Ausarbeitung der Reformentwürfe war die Bildung eines provisorischen Landrates in folgender Zusammensetzung vorgesehen: 16 Vertreter der Gutsbesitzer, 16 Vertreter der Bauern und 12 Vertreter der Städte;²⁴ letztere hätten im provisorischen Landrat den Gutsbesitzern und dem deutschen Stadtbürgertum die führende Rolle gesichert. Die Vorschläge des Adels hatten zweierlei Ziele: Beschwichtigung der Esten und Letten, indem diese zum Landtag zugelassen wurden, sowie gleichzeitig Abwendung der möglichen Einführung des russischen Zemstvo-Systems.

Die estnischen gemäßigten Nationalisten kämpften — wie beschrieben — nicht mit Gewalt, sondern „nur mit den Mitteln des Rechts und des Gesetzes“. Die Zeitung „Postimees“ wandte sich in sehr scharfer Form gegen Gewaltanwendung, griff die Sozialisten an und verteidigte leidenschaftlich das Privateigentum. Man erwog dort, die Esten könnten „gegen

²³ Toomas Karjahärm, Sirje Kivimäe, *Maaomavalitsusküsimus Eesti ühiskondlikus liikumises koodanlik-demokraatlike revolutsioonide ajajärgul* (Die Frage der Landschaftsselbstverwaltung in der sozialpolitischen Bewegung in Estland zur Zeit der bürgerlich-demokratischen Revolutionen), in: *Eesti NSV Teaduste Akadeemia Toimetised. Ühiskonnateadused* 29/4 (1980), S. 326.

²⁴ *Eesti Ajalooarhiiv* (Estnisches Historisches Archiv) (EAA), F. 296, Reg. 88 (1905), Nr. 158, Bl. 80 f.

Einflüsse von außen“ mit deutschen Kreisen, auch mit der Baltischen Konstitutionellen Partei, Hand in Hand gehen.²⁵ Das Auftauchen eines gemeinsamen Feindes brachte estnische und deutsche Kreise des Besitzbürgertums einander näher, so daß die gegenseitigen Beschuldigungen bis zum Ende des Jahres 1905 aufhörten. In Tartu gründete man die sogenannte „Bürgerwehr“, an der sich sowohl Esten als auch Deutsche beteiligten und an der auch Tõnisson teilnahm.²⁶

Im Herbst 1905 kam es zu Verhandlungen zwischen den estnischen politischen Führern in Tallinn und in Tartu und den Vertretern der Gutsbesitzer und des deutschen Stadtbürgertums. Da die Forderungen der Esten zu radikal waren (demokratisches Wahlrecht), fand man keinen Konsens.²⁷

4. Die Agrarfrage

Ein weiterer umfangreicher Komplex im estnisch-deutschen Gegensatz war die Agrarfrage, die sich in Estland zusehends zugespitzt hatte. Im Gouvernement Estland gehörte 1905 73,9% des Bodens den Gutsherren, im Gouvernement Livland 54,7%.²⁸ Etwa 100 000 Knechte und Mägde sowie einige 10 000 Pächter waren von etwa 800 Großgrundbesitzern abhängig. Aber auch Landwirte und Hofbesitzer, die den Kern der estnischen Mittelschicht bildeten, hatten unter der Schuldenlast des Loskaufs zu leiden und wurden durch die Privilegien der Rittergutsbesitzer behindert. Für die estnische Öffentlichkeit hatte vor allem der Gutsbesitzer ein negatives Image, denn er symbolisierte und verkörperte die deutsche Herrschaft, was für das deutsche Stadtbürgertum nicht in dem Maße zutraf.

Das agrarpolitische Ziel aller estnischen Parteien und Gruppierungen war eine Ausdehnung des bäuerlichen Landbesitzes auf Kosten der Gutsländereien und die Verdrängung der Gutsherren von der Leitung der örtlichen Agrarpolitik, um die wirtschaftliche Selbständigkeit der Esten voranzutreiben. „Um der deutschen Oberherrschaft zu entkommen, gibt es

²⁵ Postimees Nr. 236 vom 28. Oktober 1905.

²⁶ EAA, F. 2623, Reg. 1, Nr. 28, Bl. 44.

²⁷ Eduard Freiherr v. Stackelberg-Sutlem, Ein Leben im baltischen Kampf. Rückschau auf Erstrebt, Verloren (sic!) und Gewonnenes. München 1927, S. 121 ff.; Gert v. Pistohlkors, Stackelberg und Tõnisson: eine deutsch-estnische Gesprächssituation vor 70 Jahren, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 24: 1977 (1976), S. 65-75.

²⁸ Eesti NSV ajalugu kolmes köites. 2. XIX sajandi 50-ndaist aastaist kuni 1917. aasta märtsini (Geschichte der Estnischen SSR in drei Bänden. 2. Von den 1850er Jahren bis zum März 1917), hrsg. v. Joosep Saat. Tallinn 1963, S. 76.

nur einen Weg, nämlich die Erwerbung von Landbesitz“, schrieb die nationalradikale Zeitung „Teataja“ im Jahre 1904.²⁹

Die radikalsten Lösungsvarianten stammten von den Sozialisten. Endziele waren für sie die Konfiszierung sowie die Nationalisierung oder Sozialisierung des Großgrundbesitzes. Die Beschlagnahme der Gutsländereien stand als Forderung in den Programmen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands seit ihrem 3. Parteikongreß im April 1905. Für die Durchführung einer Agrarreform und für die Verwaltung des eingezogenen Landbesitzes sollten revolutionäre Selbstverwaltungen — die Bauernkomitees — zuständig sein. Estnische Sozialdemokraten — Zentristen wie auch Föderalisten — vertraten den Standpunkt, die Regelung der Bodennutzung (Groß- oder Kleinwirtschaften) müsse nach einer siegreichen Revolution von den Bauern selbst bestimmt werden.³⁰

Die estnischen Nationalradikalen strebten eine beträchtliche Verringerung des Großgrundbesitzes an. Ihre Standpunkte legte Päts in seinen Zeitungsartikeln des Jahres 1906 und in seinem Buch „Die Agrarfrage“ (1907) dar. Die wichtigste These war, daß die Lösung der Agrarfrage mit einer vorher durchgeführten politischen Neuerung verbunden werden müsse, mit der Einführung der politischen Autonomie. Durch eine demokratisch gewählte Selbstverwaltung mit Legislativkompetenz würde das ganze Volk das Recht erhalten, sich für die Angelegenheiten des Staates einzusetzen und die Agrarpolitik zu steuern. „(...) das Land soll für das Volk sein und unter der Macht des Volkes stehen“, schrieb Päts.³¹ Er forderte die Gründung eines im Gemeinbesitz des Volkes befindlichen Bodenbestandes, über den die Selbstverwaltung verfügen sollte. In diesen Bodenbestand beabsichtigte Päts auch jene Privatländereien aufzunehmen, die größer als gesetzlich festgelegt waren (die Größenvorschrift war von der Selbstverwaltung auszuarbeiten). Die Bauern würden ihre Grundstücke aus dem Bodenbestand erhalten, aber nicht als Privatbesitz, sondern in ureigener und vererbbarer Pacht auf 1000 Jahre, ganz nach dem Vorbild Neuseelands.

Am 13. April 1907 legten die estnischen Dumaabgeordneten mit Unterstützung der Kadetten der Zweiten Staatsduma den Gesetzentwurf „Die Grundlagen der Bodenbewirtschaftung im Gouvernement Estland“ vor. Der Leitgedanke war, die Steuerung der örtlichen Agrarpolitik, die Regierung des Landes, die Regelung der Agrarverhältnisse sowie die gesetzge-

²⁹ Teataja Nr. 136 vom 22. Juni 1904.

³⁰ Uudised Nr. 86 vom 8. November 1905.

³¹ Konstantin Päts, Maa-küsimus (Die Agrarfrage). Tallinn 1907, S. 39 ff. u. passim.

bende Initiative bezüglich der Bodenbewirtschaftung in den Zuständigkeitsbereich der demokratisch gewählten Gouvernementsverwaltung zu übertragen. Der Entwurf sah als Maximalgröße eines Bodenbesitzes 300 Desjatinen³² vor. Größere Flächen sollten von der Selbstverwaltung gegen Entschädigung beschlagnahmt werden, falls der Gutsherr diese im Laufe von neun Jahren weder verkaufte noch verpachtete.³³ Wäre diese Reform verwirklicht worden, so hätte sich die Fläche der Güter im Gouvernement Estland von 1 160 000 Desjatinen auf 165 000 Desjatinen verringert, d.h. etwa auf ein Siebtel. Die Selbstverwaltung sollte aus ihrem Bodenbestand Grundstücke in der Größe von 12-60 Desjatinen pro Familie in Pacht geben. Diese Gesetzesvorlage zielte praktisch auf die Liquidierung des Großgrundbesitzes, maßgeblich beeinflusst von den Ideen der russischen linksgerichteten Kadetten und Trudoviki.

Am tolerantesten verhielten sich bei der Frage der Verminderung der Gutsländereien die gemäßigten Nationalisten, die die Unantastbarkeit des Privateigentums für ausschlaggebend hielten. Tõnisson als Apologet der Kleinbauern suchte beim Staat um Vermittlungs- und Finanzhilfe bei der Vergrößerung des bäuerlichen Grundbesitzes an. Sowohl in der Ersten Duma als auch auf dem 3. Parteikongreß der Kadetten (April 1906) setzte sich Tõnisson nachdrücklich für die grundsätzliche Beibehaltung von Privatbesitz an Grund und Boden ein. Das Programm der Estnischen Nationalen Fortschrittspartei stand in der Agrarfrage den Agrarprogrammen der Baltischen Konstitutionellen Partei und der russischen Oktobristen nahe. Die Gemäßigten verlangten Begünstigungen beim Loskauf in einigen Bodenkategorien, die Verbesserung der Lage der Pächter und die Abschaffung der Privilegien der Rittergutsbesitzer.³⁴

Die deutschbaltischen Gutsherren hingegen waren der Meinung, daß die landwirtschaftliche Lage ausgezeichnet sei und alle Neuerungen folglich nutzlos. Die Agrarordnung in den baltischen Ländern baue auf einer gesunden Basis auf, die man nur „auf historischer Grundlage“, d.h. unter Beibehaltung der Latifundien und aller Privilegien im Zusammenhang mit Grund und Boden vervollkommen könne. „Die Bodenfrage ist kein Grund für eine Revolution“, bekräftigten die Führer der Livländischen Ritterschaft im April 1906 in einem Schreiben an den Kaiser. Im Februar

³² Russisches Flächenmaß, 109,25 ar.

³³ Gosudarstvennaja дума. Vtoroi sozyv. Zakonodatel'nye z'javlenija (Staatsduma. Zweite Zusammensetzung. Gesetzesvorlagen). St. Petersburg 1907, S. 196-202.

³⁴ Eesti Rahvameelne Eduerakond. Eeskava ja tegevuse põhjused (Estnische Nationale Fortschrittspartei. Programm und Grundsätze der Tätigkeit). Tartu [1905], S. 21 f.

1906 legte der Leiter des Statistischen Büros und der Grundsteuerabteilung der Livländischen Ritterschaft, Alexander von Tobien, der Sonderkommission des provisorischen Gouverneurs der baltischen Länder ein Memorandum „Die Agrarverfassung des livländischen Festlandes“ vor, in dem er behauptete, daß die Bauern genug Land hätten, die Verkaufs- und Pachtpreise auf Boden niedrig, die Steuern und Gebühren für die Bauern nicht drückend und die Löhne der Knechte hoch seien.³⁵ Die Sonderkommission verabschiedete im Jahre 1907 tatsächlich einen Entwurf, der die Agrarverhältnisse unangetastet ließ. Bis zur Selbständigkeit Estlands kam es zu keiner wesentlichen Bodenreform.

5. Die Katastrophe

Im Laufe des ganzen Jahres 1905 nahmen die Spannungen zu und erreichten im Spätherbst ihren Höhepunkt. Überall im Lande hielt man vielbesuchte Versammlungen ab, auf denen Sozialisten und Nationalradikale mit ihren Reden die Zuhörer gegen Zentralmacht und Gutsbesitzer aufhetzten.

Die von St. Petersburg daraufhin unternommenen Schritte trugen provokatorischen Charakter. Am 16. Oktober schossen Soldaten in Tallinn auf eine Volkskundgebung, wobei 94 Personen getötet und etwa 200 verwundet wurden. Am 10. Dezember rief der stellvertretende Gouverneur Aleksander von Giers in Tallinn und im Landkreis Harjumaa (Harrien) den Kriegszustand aus und ließ eine große Anzahl sozialdemokratischer Parteigänger verhaften. Gleichzeitig tagte der Landtag der Estländischen Ritterschaft, während das verärgerte Volk die Gutsherren für die Repressalien verantwortlich machte.

Der günstige Moment für Gewalt war gekommen. Die Autorität der Regierung war niedriger denn je, die örtliche Verwaltungsmacht war schwach, denn Truppen gab es in Estland nur in kleiner Zahl; sie hielten sich hauptsächlich in den Städten auf, wo sich die Machttträger am meisten vor Unruhen fürchteten. Der Gedanke zur Rebellion ging von den revolutionären Extremisten aus. Sie riefen dazu auf, „Lettisch zu sprechen“ und „die Nester der Reaktionäre“ (d.h. die Gutshäuser) zu vernichten. Damit sollten auch Waffen beschafft und die Gutsherren als Geiseln genommen werden, um diese gegen verhaftete Revolutionäre eintauschen zu können.

³⁵ Alexander Tobien, *Agrarnyj stroj materikovoju časti Ljfljandij* (Die Agrarverfassung des livländischen Festlandes). Riga 1906.

Was auf gesetzlichem Wege nicht erreichbar war, das hoffte man jetzt mit Gewalt nehmen zu können.

Von Tallinn aus zogen (teils bewaffnete) Arbeitergruppen aufs Land, denen sich örtliche Bauern anschlossen. Die Rebellen waren getrieben von einer irrationalen Wut gegen die Gutsherren als ewige Unterdrücker, denen man jetzt die erlittene 700jährige Demütigung heimzahlen wollte. Während dieser fast psychotisch anmutenden Selbstjustiz wurden im Laufe von einer Woche (12.–20. Dezember) in Estland insgesamt etwa 160 Rittergüter und 40 Schnapsbrennereien niedergebrannt, zerstört oder geplündert. Man nahm wohl auch Gutsherren gefangen, aber nur einer von ihnen wurde getötet. Die materiellen Schäden beliefen sich auf ca. 3,2 Mio. Rubel, wobei Gegenstände von großem historischen und kulturellen Wert der Zerstörung anheimfielen.³⁶ Obwohl an den Brandstiftungen auch Sozialdemokraten beteiligt waren, billigte keine Partei in Estland diese Aktionen.

Zur Unterdrückung der Rebellion wurden von der Regierung aus den Reihen der Armee Sonderstrafkommandos, einige unter Leitung deutschbaltischer Offiziere, in die drei baltischen Gouvernements entsandt. Die Zivilmacht wurde dem Militär unterstellt und eine unbeschränkte militärisch-polizeiliche Gewaltherrschaft eingeführt, an deren Durchsetzung auch Gutsherren aktiv beteiligt waren. Ohne Untersuchung und Gerichtsurteil, oft nur aufgrund der Klage eines Gutsherrn, wurden über 300 Menschen erschossen. Die Feldgerichte verkündeten noch weitere 200 Todesurteile, etwa 600 Personen mußten grausame Prügelstrafen erdulden, Hunderte wurden ins Gefängnis oder in die Verbannung geschickt. Zumeist mußten unschuldige Menschen leiden, denn die Anführer waren längst ins Ausland geflüchtet.³⁷

Die dramatischen Ereignisse des Jahres 1905 und die Brandschatzung der Gutshäuser versetzten dem Adel einen nachhaltigen Schock. Bei der Schilderung der Situation wurde von den deutschbaltischen Publizisten das Wort „Katastrophe“ verwendet, und dies war ja auch der Fall. Die unsichere Position der deutschbaltischen Aristokratie kam mit voller Deutlichkeit zum Vorschein. Auch eine künftige Entwicklung Rußlands in Richtung auf eine konstitutionelle Staatsordnung konnte für den Adel nichts Gutes versprechen. Eine Machtergreifung durch die Kadetten hätte eine liberale Selbstverwaltungsreform und eine umfassende Enteignung

³⁶ Karjahärm, Pullat, Eesti (wie Anm. 13), S. 128 ff.; Toivo U. Raun, The Revolution of 1905 in the Baltic Provinces and Finland, in: Slavic Review 43 (1984), H. 3, S. 460-463.

³⁷ Karjahärm, Pullat, Eesti (wie Anm. 13), S. 143-154.

des Großgrundbesitzes mit sich bringen können. Deshalb blieb der deutschbaltische Adel nach wie vor der Autokratie verbunden.

Mit der Niederlage der Revolution stieg das Ansehen des baltischen Adels, der für seine Loyalität dem Kaiserthron gegenüber nun auch bei der Regierung Konzessionen verlangen konnte. Man glaubte, den Volksgruppen sollten gesetzlich begründete Freiheiten entsprechend ihrem „kulturellen Wert“ erteilt werden. Am 24. April 1906 unterbreiteten die Führer der Livländischen Ritterschaft, der Adelsmarschall Friedrich Baron von Meyendorff und der residierende Landrat Adolf Baron Pilar von Pilchau, dem Zaren einen umfassenden Plan zur Wiederherstellung der baltischen Autonomie. Der Hauptgrund der Revolution lag für sie in der „Unterbrechung der kulturellen Entwicklung des Landes um die Mitte der 1880er Jahre wegen einer allgemeinen zwangsweisen Russifizierung und der Einführung eines bürokratischen Regimes in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens“.³⁸ Dies habe verhängnisvolle Nachwirkungen mit sich gebracht: Die Autorität der Staatsmacht sei untergegangen, die Kirche und die Gesetze würden nicht mehr in Ehren gehalten, die Ordnung und das Pflichtgefühl verschwänden, den Letten und Esten drohte ein sittlicher Untergang, so daß sie den sozialen Utopien gegenüber aufgeschlossen seien. Es sei eben die russische Bürokratie gewesen, die die „zerstörenden Instinkte“ der örtlichen Bevölkerung hervorgerufen hätte. Es wurde beteuert, daß es überhaupt keine Privilegien des Adels gäbe, sie seien nur Phantasievorstellungen der Nationalchauvinisten und politischen Agitatoren. Ausgehend von einer solchen Analyse entfalteten die Autoren des Memorandums ein umfassendes Maßnahmenspektrum, das ihrer Meinung nach „eine moralische und geistige Wiedergeburt“ der Landbevölkerung garantieren sollte. Die Vorschläge der adligen Politiker zielten auf die Wiederherstellung der baltischen Autonomie und die Restauration der deutschen Vorherrschaft wie vor den Russifizierungsreformen. Für das 20. Jahrhundert war dieser Plan jedoch völlig utopisch, er zeugte vielmehr davon, daß die deutschbaltische Führungsschicht die Wirklichkeit nicht mehr adäquat analysieren konnte.

Gleichzeitig, als Meyendorff in St. Petersburg dem Zaren Treue schwor, weilte Landrat Max von Sievers (1857–1919) im Auswärtigen Amt in Berlin, wo er bei Staatssekretär von Tschirsky wegen einer möglichen Abtrennung der baltischen Länder von Rußland vorfühlte. Sievers wollte auf

³⁸ Rossijskij gos udasstvennyj istoričeskij arhiv (Staatliches Russisches Historisches Archiv), F. 1276, Reg. 2, Nr. 139, Bl. 1-19.

diese Weise dem deutschbaltischen Adel die Rückendeckung von zwei Seiten sichern.³⁹

Die Reformpolitik des deutschbaltischen Adels war durch die Dominanz einer konservativen, ständischen Denkweise, durch unzureichenden Liberalismus und durch mangelnde Toleranz gekennzeichnet.⁴⁰ Es fiel ihm schwer, alte, im Laufe von Jahrhunderten verwurzelte Werturteile und Haltungen aufzugeben, es war schwer, Esten und Letten als gleichwertige Partner anzuerkennen, sich an neue Verhältnisse auch mental anzupassen. Die alte Aristokratie verstand es nicht, der traditionellen Rolle einer alleinherrschenden Elite zu entsagen.

Bedauerlicherweise brachte die Modernisierung den Zusammenbruch des Wertesystems der traditionellen Gesellschaft mit sich. Die politische Revolution erschütterte ihre Grundlagen noch mehr. Es wurde klar, daß grundlegende Reformen im Rahmen der Regierung und des baltischen Adels immer mehr hinter dem Minimum der wachsenden Bedürfnisse der Stammvölker zurückblieben. Der Einsatz der Oberschichten bei den Repressalien und militärisch-polizeilichen Maßnahmen löste die Krise nicht, das Land wurde nur nach außen und für kurze Zeit zur Ruhe gebracht.

Aus dem Estnischen übersetzt von Ene Rõngelep, Tallinn

³⁹ S. Gert v. Pistohlkors, Zielkonflikte deutschbaltischer Politik nach der revolutionären Krise von 1905, in: *Die baltischen Provinzen* (wie Anm. 1), S. 125 ff.

⁴⁰ Gert v. Pistohlkors, Ritterschaftliche Reformpolitik zwischen Russifizierung und Revolution. Göttingen 1978 (*Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft* 48.), S. 257 u. passim.

Vertical text on the right side of the page, possibly a page number or header.

Vertical text on the right side of the page, possibly a page number or header.